



Erscheint Mittwoch und Samstag

# Obwaldner Volksfreund.

Abonnementpreis:  
Für die Schweiz: jährlich Fr. 6.50,  
halbjährlich Fr. 3.40; Post-Abonnemente  
20 Cts. Zuschlag.

Insertionspreis:  
Für Obwalden die einspaltige Pettzeile  
10 Cts, für auswärtige 17 Cts. Wiederholungen Rabatt.

Meistgelesenes Blatt in Obwalden.

Druck und Expedition:  
Louis Chelli, Sarnen. — Telephon Nr. 32.

Achtundvierzigster Jahrgang

Nr. 36

Sarnen, Samstag 11. Mai 1918

## \* \* Ein schwerwiegender Entscheid

Ist vom Schweizervolk am 2. Juni nächsthin zu fällen. Diese Abstimmung beginnt nunmehr ihren Wellenschlag zu werfen und wenn nicht alle Anzeichen täuschen, so werden diese Wellen hoch gehen. Es handelt sich um nichts mehr und um nichts weniger, als darum, ob die Fundamente, auf denen das Schweizerhaus bisher geruht hat, von Grund aus umgestaltet werden sollen. Das ist eigentlich auch der Zweck, den die Sozialdemokratie anstrebt. Ihr sind die kantonalen Grenzen und ihr ist die Kantonalhoheit ein Dorn im Auge. Sie will die völlige Zentralisation herbeiführen. Sie rechnet darauf, alsdann in dem schweizerischen Einheitsstaate zur tonangebenden Macht zu werden und die öffentlichen Zustände nach ihrer Schablone zu gestalten. Dafür sind wir hoffentlich in der Schweiz noch nicht reif. Wenn die Steuerhoheit den Kantonen entzogen wird und der Bund dieselbe nach sozialistischem Rezept ausübt, dann ist den Kantonen die Lebensader unterbunden. Darüber waltet kein Zwispalt der Meinungen. Das ist eine Ansicht, die nicht etwa nur von konservativer Seite ausgesprochen, sondern allseitig geteilt wird. Darum werden denn auch die bürgerlichen Parteien am 2. Juni geschlossen zur Stimmurne schreiten und ein überzeugungsvolles „Nein“ einlegen. Wer für die Steuerinitiative stimmt, der verstärkt eben tatsächlich die Reichen der Sozialisten. Er mag sich noch so kräftig dagegen verwahren, so ist es dennoch so.

Die Schweizerische konservative Volkspartei hat an ihrem letztjährigen Parteitag am Pfingstmontag in Olten einmütig Stellung gegen eine ständige direkte Bundessteuer genommen. Die freisinnig-demokratische Partei der Schweiz hat sich schon an ihrem Parteitag im Juli 1916 in Bern im gleichen Sinne ausgesprochen und sie wird dies an ihrem Parteitag, der am nächsten Sonntag in Bern stattfindet, wieder tun. Dafür bürgen uns schon die Namen der beiden Referenten, Ständerat Kunz von Bern und Nationalrat Gaudard aus der Waadt, welche beide ganz entschiedene Gegner der ständigen direkten Bundessteuer sind. Der Bundesrat hat einmütig Ablehnung der Steuerinitiative beantragt. Im Ständerat wurde dieselbe mit allen gegen eine einzige Stimme und im Nationalrat wurde sie mit 138 gegen 21 Stimmen verworfen. Der Schweizerische Bauernverband nimmt mit aller Entschiedenheit Stellung gegen das sozialdemokratische Initiativbegehren. Unter diesen Umständen sollte es dem Obwaldnervolk kein großes Kopfschütteln verursachen, auf welche Seite es sich am 2. Juni stellen will. Obwalden war von allen 25 Kantonen der Schweiz der einzige, welcher gar keine Unterschrift für das Initiativbegehren geliefert hat. Wir werden übrigens auf die Gründe, welche gegen dasselbe sprechen, noch zurückkommen.

## Die Kriegslage.

Aus allen Berichten der amtlichen, halbamtlichen wie nichtamtlichen ist zu schließen, daß nach der Besetzung des Kemmelberges an der

### westlichen Front

sowohl in Flandern wie in der Picardie wiederum ein Stillstand in den Operationen eingetreten ist. Die Lage ist stabil geworden und es hat fast den Anschein, als wenn sie sich neuerdings zu einem Stellungskriege verdichten wollte, obwohl andererseits wieder zu erwarten ist, daß die deutsche Heeresleitung ihre ganze Energie daran setzen wird, um die durch die bisherigen Offensivoperationen sowohl in der Richtung auf Amiens wie in der auf Hazebrouck-Calais unbestreitbar erreichten Erfolge in entsprechender Weise auszubauen und zum Abschluß zu bringen.

Es ist nicht zu verkennen, daß die neue Operationspause binnen bedeutend kürzerer Frist eingesetzt hat, als dies mit den vorhergehenden der Fall gewesen ist. Dieser Umstand gibt die Veranlassung, nach den Ursachen zu forschen, die hiezu beigetragen haben mögen. In erster Linie werden es zwar wieder die gewesen sein, die ihre Begründung in der seelischen und körperlichen Veranlagung der menschlichen Natur und dem Bedürfnis eines steten Kräftenaufschubs finden; in der alten Erfahrung, daß im Kriege die Kampftage die Ausnahme, und die dafür nötigen

Vorbereitungshandlungen die Regel bilden und auch die größte Zeit beanspruchen. Dabei hat sich auch gezeigt, daß diese Operationsstillstände um so häufiger und länger andauernder werden, je größer der vorangegangene Kraftaufwand gewesen ist und der noch kommende sich gestalten wird.

In zweiter Linie werden diese Ursachen auch in dem Eingriff der französischen Reserven und, ganz besonders in Flandern, in dem schwieriger gewordenen Kampfgebiete zu suchen sein. Je schwieriger das künftige Kampfgebiet, um so größer und zeitraubender sind auch die erforderlichen Offensivvorbereitungen. Das trifft ganz besonders zu, wenn hervaldetes und bewegtes Terrain der gesicherten artilleristischen Beherrschung wegen eine sorgfältigere Batterieaufstellung erheischen.

Am wenigsten und unsichersten läßt sich wohl feststellen, in welchem Maß der numerische Kräfteverbrauch zu der Häufigkeit und der Dauer der Operationspausen beigetragen haben mag. Man ist hierbei vollständig auf einseitige Angaben angewiesen. So steht der deutschen Behauptung, daß die bisherigen Verluste „erfreulich gering“ oder „mäßig“ gewesen seien, die britisch-französische gegenüber, die bei einem Gesamtbestand der deutschen Kräfte von rund 200 Divisionen von dem bereits erfolgten Einfluß und teilweisen Verbrauch von über 100 Divisionen rechnet und die dabei entstandenen Verluste mit einer halben Million beziffert.

Das aber läßt sich mit Sicherheit behaupten, daß in die Führung und Verwendung der alliierten Streitkräfte eine zielbewusstere Einheitlichkeit und Zweckmäßigkeit gekommen ist, seitdem General Foch faktisch und nominell die gemeinsame Leitung in die Hände bekommen hat. Es ist nicht ausgeschlossen, daß auch dieser Umstand für die kurze Dauer der zweiten Operationsperiode und die zeitliche Ausdehnung der folgenden Offensivpause bestimmend geworden ist.

Einen warmen Friedensstrahl in dieser Zeit voll Greuel und Räten hat der

### Friedensschluß zwischen Vierbund und Rumänien

gebracht. Der Friedensvertrag zwischen diesen Staaten ist nach langen mühsamen Unterhandlungen endlich perfekt geworden. Nach ihm ist der Friedenszustand zwischen den Zentralmächten und Rumänien ein definitiver. Die diplomatischen Beziehungen werden sofort wieder aufgenommen, ebenso die wirtschaftlichen. Rumänien hat an Bulgarien die Dobrudscha abzutreten. Auch die übrigen Zentralstaaten, soweit sie an rumänisches Gebiet anstoßen, erhalten territoriale Vorteile. Auf Kriegsschädigungen wird verzichtet.

Man wird kaum fehlgehen in der Annahme, daß in nächster Zeit an der

### italienischen Front

eine großangelegte Offensive einsetzten wird. Schon deshalb um zu verhindern, daß alliierte Truppen von einer Front aus der andern Hilfe bringen können. Bis jetzt meldet der Draht vom italienischen Kriegsschauplatz nur Artillerieduelle und kleine Vorpostenplänkereien.

## Schweiz.

**Schärfere Maßnahmen gegen die fremden Deserteure und Refraktäre.** In Ergänzung und teilweiser Abänderung früherer Beschlüsse und Vorschriften hat der Bundesrat beschlossen, daß fremde Deserteure und Refraktäre, die die Schweizergrenze überschreiten wollen, daran zu verhindern und zurückzuweisen sind. Gelingt es ihnen dennoch, die Grenze zu überschreiten, und werden sie im Innern des Landes betreten, so sind sie dahin zurückzuschaffen, woher sie gekommen sind. Ausnahmeweise kann fremden Refraktären und Deserteuren der Eintritt in das Land gestattet werden, wenn besondere Umstände es rechtfertigen, so namentlich, wenn der Betreffende schon vor dem Ausbruch des Krieges in der Schweiz ansässig war, oder wenn er in der Schweiz eine Familie oder sein Geschäft hat. Die Bewilligung zum Eintritt in die Schweiz muß beim Schweizerischen Justiz- und Polizeidepartement eingeholt werden. Bis zum Ein-

treffen des Entscheides dieser Behörde ist der Flüchtling in Gewahrsam zu nehmen.

Der Beschluß bestimmt ferner, daß über fremde Deserteure und Refraktäre die Ausweisung aus dem Gebiete der Schweiz verhängt werden kann: 1. durch gerichtliches Urteil; 2. durch Verfügung der zuständigen kantonalen Administrativbehörden in Anwendung der interkantonalen Übereinkunft vom 22. Mai 1913 betreffend die Ausweisung der wegen eines Verbrechens oder Vergehens gerichtlich verurteilten Ausländer aus dem Gebiete der Schweiz; und 3. durch Verfügung des Bundesrates gemäß Art. 70 der Bundesverfassung. Zum Vollzug der Landesverweisung sind die fremden Deserteure oder Refraktäre wenn möglich nach demjenigen Lande zu verbringen, das sie selbst bezeichnen. Ist es nicht möglich, ihrem Wunsch zu entsprechen, oder äußern sie keinen solchen, so erfolgt die Abschiebung nach dem Heimatstaat. Eine Uebergabe an die Behörden des Staates, nach welchem die Abschiebung erfolgt, soll nicht stattfinden. Erweist sich die Vollziehung der Ausweisung zurzeit als undurchführbar, so ist der betreffende Flüchtling in einer geeigneten Anstalt zu internieren.

**Unsere Ein- und Ausfuhr.** Wie wir vernehmen, ist in der Lebensmittelzufuhr aus Frankreich wieder eine Störung eingetreten. Unsere leeren Wagen können nicht nach Lette fahren und müssen bis auf weiteres an der Grenze zurückgehalten werden. Dagegen ist gegenwärtig die Zufuhr von Kohlen und Eisen aus Deutschland sehr stark. Die deutscherseits angedeutete eventuelle Störung ist zurzeit glücklicherweise noch nicht eingetreten. Fortwährend kommen große Transporte von Tonerde aus Schlesien über den Böhmerberg nach Siders. Auch die Einfuhr von Zucker ist zurzeit eine namhafte. Einige größere Transporte von Zuchtvieh sind in den letzten Tagen aus dem Simmental nach Deutschland und Oesterreich-Ungarn abgegangen.

**Möglichst beliebt!** Aus der französischen Schweiz werden Couplets versandt, aus denen der schwallige Hauch des Hasses gegen die Deutschen weht. Ein Lied bezeichnet den deutschen Kaiser als einen Verrückten. Ein anderes gibt folgende Blüte feinsten Kulturs: „Unsere Soldaten machen aus den Deutschen Würste. Man kann ja nichts anderes damit tun, solch eckige Schweinsköpfe haben sie.“ Ja, ja, ihr Verehrer reiner Kultur und Zivilisation, ihr habt verschiedene von euern Waffengenossen aus Afrika, Australien usw. gelernt. Pfui!

**Viehversorgung.** Die Schlachtviehverorgung der eidgenössischen Anstalt für Armee und Zivilbevölkerung ist ankaltend äußerst schwierig, so daß in neuester Zeit vielfach an die Gemeindebehörden derjenigen Gemeinden, die bisher wenig Vieh lieferten, Aufforderungen ergingen zur zwangsweisen Lieferung. Eine Requisition ist angebracht und wird erfolgen, sobald die ergangenen Aufforderungen zur Schlachtviehlieferung an die betreffenden Gemeinden nicht von Erfolg begleitet sind.

**Abstimmungschronik.** Für den 2. Juni, welcher ein politischer Sonntag erster Ordnung sein wird, werden nun allmählich die Stellungen bezogen. Die freisinnige Partei des Kantons Zürich hat sich an zahlreich besuchter Tagung, an welcher auch Bundesrat Dr. Haab eine sehr beachtenswerte politische Rede hielt, auf ein Referat von Nationalrat Dr. Meyer, Chefredaktor der „Neuen Zürcher Zeitung“, einstimmig für Verwerfung der sozialistischen Bundessteuer-Initiative ausgesprochen. Die gleiche Stellung hat schon acht Tage früher die Delegiertenversammlung der zürcherischen demokratischen Partei auf ein Referat von Nationalrat Dr. Struelli angenommen. Es geschah dies jedoch nur mit 31 gegen 28 Stimmen. An der Urner Landsgemeinde vom letzten Sonntag hat Ständerat Huber das Volk entschieden zur Verwerfung der Bundessteuer aufgefordert. Die Delegiertenversammlung der Jurer Konservativen hat auf ein Referat von Ständerat Hildebrand einstimmig Ablehnung der Bundessteuer-Initiative beschlossen. Den gleichen Beschluß faßten die Freiburger Radikalen nach Anhörung eines Referates von Nationalrat Biechty. Auch die freisinnige Partei des Kantons St. Gallen hat nach Anhörung eines Vortrages von Nationalrat Mächler beschlossen, die Bundessteuer nach dem vorliegenden sozialistischen Vorschlag zu verwerfen. Die konservativ-katholische Volkspartei des Kantons Thurgau hat auf Antrag vor-